

Humanitäre Krisen hausgemacht

Zehn Jahre Hamas im Gazastreifen

SCHWIEGERSOHN ALS RATGEBER

Jared Kushners Einfluss auf Donald Trump

ALIJA ALS BEFREIUNG

Natan Scharanski wirbt für Einwanderung





14

MELDUNGEN



13

„EIN TAG WIE KEIN ANDERER“

Ein Filmjuwel über die Trauer



4

ZEHN JAHRE HAMAS-HERRSCHAFT

Gewaltregime im Küstenstreifen

So wenig Regen wie seit Jahrzehnten nicht mehr

Die Niederschlagsmenge am See Genezareth hat einen Tiefstand erreicht, wie es ihn seit Beginn der Aufzeichnungen noch nie gegeben hat. Das gab die Israelische Wasserbehörde Anfang März bekannt. Grund für den Tiefstand sei der trockenste Februar, der im Norden Israels jemals gemessen wurde.



Tiefstand: Der See Genezareth hat derzeit zu wenig Wasser

Der See habe im Februar nur 10 Prozent des üblichen Niederschlags erhalten, berichtet der Nachrichtendienst „Jerusalem Online“. Der Wasserstand sei daher nur um 22 Zentimeter anstatt der üblichen 60 Zentimeter gestiegen.

Von Anfang September bis Ende Mai lag der Pegel, außer während einiger Wochen im April, unterhalb der „Unteren Roten Linie“. Diese „Untere Rote Linie“ bei 213 Meter unter dem Meeresspiegel markiert den Stand, der für die Wasserqualität gerade noch akzeptabel ist. Normalerweise sorgt der Druck des Wassers dafür, dass Salzwasserströme unter dem See nicht aufsteigen. Fällt der Druck aufgrund des Wassermangels, besteht die Gefahr, dass sich Salz- und Süßwasser vermischen. Das hat Auswirkungen auf die Umwelt.

Auch die Landwirtschaft ist vom tiefen Wasserstand betroffen. Die Behörde hat fast vollständig aufgehört, Wasser aus dem See zu pumpen, meldet der Nachrichtendienst „Jewish Telegraph Agency“. Regionalpolitiker baten die israelische Regierung um Hilfe.

Für den Sommer erwarten die Experten, dass die Wasserknappheit zunimmt. Andere Teile Israels erhalten Wasser aus dem Mittelmeer, das in insgesamt fünf Entsalzungsanlagen aufbereitet wird. Ein solches Wasserversorgungs-Projekt werde zwar auch für Galiläa in Betracht gezogen, sagte Amir Givati von der Wasserbehörde dem Armeeradio. Die Umsetzung würde aber noch Jahre dauern.

Die Februar-Trockenheit betrifft auch andere Gegenden im Norden. Der Golan hat nur 9 Prozent des üblichen Niederschlags erhalten, der Kibbutz Kfar Blum in der nördlichen Hulaebene 16 Prozent. Bereits der vergangene Herbst war in Israel besonders niederschlagsarm. Deshalb befanden sich der Wasserstand und die Stromschnelligkeit der Flussläufe im Norden auf einem Allzeittief. |

Daniel Frick

7 ARABISCHER JOURNALIST

„Für den Frieden
fehlt die Bildung“

8 IVANKA TRUMP UND JARED KUSHNER

Familienbande im Weißen Haus

10 NATAN SCHARANSKI

Der Verbindungsmann

12 NIKKI HALEY

Diplomatie als Mission

15 VOR 100 JAHREN

„Balfour-Deklaration“

IMPRESSUM

Herausgeber

Christlicher Medienverbund KEP e.V.

Postfach 1869

D-35528 Wetzlar

Telefon +49 (64 41) 91 51 51

Telefax +49 (64 41) 91 51 57

israelnetz.com

info@israelnetz.com

Vorsitzende Margarete Hühnerbein

Geschäftsführer Christoph Irion

Büro Wetzlar

Dana Nowak (Redaktionsleitung)

Martina Blatt, Moritz Breckner,

Daniel Frick, Elisabeth Hausen,

Michael Müller, Egmond Prill

Büro Jerusalem

mh

Titelfoto

flash90

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

31. Mai 2017

Spenden

Israelnetz Magazin lebt von Ihrer Spende.

Volksbank Mittelhessen eG

IBAN DE73 5139 0000 0040 9832 01

BIC VBMHDE5F

Verwendungszweck: Israelnetz

www.israelnetz.com/spenden

Liebe Leser,

erstmal seit 1988 hat die fundamentalistische Islamische Widerstandsbewegung, Hamas, ihre Charta überarbeitet und im Mai präsentiert. Das neue Dokument soll die Gründungscharta jedoch nicht aufheben, sondern lediglich ergänzen, wie aus Hamas-Kreisen bekannt wurde. Mit dem neuen Dokument will sich die Hamas als dynamische und sich erneuernde Organisation zeigen und hofft auf internationale Akzeptanz.

Während die alte Version noch von der Vernichtung aller Juden spricht, ist im neuen Dokument vom „Kampf gegen die Palästina erobernden Zionisten“ die Rede. Die vermeintlich versöhnlicheren Töne sind jedoch Augenwischerei: Wenn die Hamas von „den Ländereien, die 1948 besetzt wurden“, spricht, verweigert sie damit die Anerkennung des jüdischen Staates. Wörtlich heißt es in dem Papier: Die Hamas „verweigert jegliche Alternative zur vollständigen Befreiung von Palästina, das vom Fluss bis zum Meer reicht“.

Trotzdem forderte, nur wenige Tage nach der Veröffentlichung, der Erzbischof von Canterbury Justin Welby, das geistliche Oberhaupt der Kirche von England, dass Israel mit der Hamas verhandeln solle. Dass Israel mit solch einem Schritt seine eigene Existenzberechtigung infrage stellen würde, ist ihm wohl nicht bewusst.

Namhafte Zeitungen im In- und Ausland feierten das „Reformpapier“ und gingen der Hamas mit ihren veränderten Formulierungen auf den Leim. Der Sprecher des Auswärtigen Amtes war deutlich zurückhaltender: Zwar habe die Hamas nach vielen Jahren „einige ihrer extremistischen Forderungen aufgegeben“, doch aus Sicht der Bundesregierung gebe es in dem Dokument immer „noch viele Dinge, die für uns inakzeptabel sind“.

Das neue Hamas-Dokument hat wohl eher symbolischen Charakter, als dass es eine tatsächliche Erneuerung darstellt (mehr dazu auf Seite 5). Doch auch für uns im Westen gilt: Wir tun uns keinen Gefallen, wenn wir Israel zuerst als Problem betrachten und auf vorhandene Probleme hinweisen, unsere eigenen und andere Konflikte aber weitgehend ignorieren. Denn auf diese Weise verunglimpfen wir Israel.

Diesen Umgang bemängelt auch Nikki Haley: Die amerikanische UN-Botschafterin hatte dem Weltsicherheitsrat Voreingenommenheit gegenüber Israel vorgeworfen. Sie nannte das Problem beim Namen: „Wenn wir ernsthaft über den Konflikt im Nahen Osten sprechen, müssen wir mit dem Hauptschuldigen anfangen: dem Iran und seiner Partnermiliz, der Hisbollah“, sagte sie Ende April (mehr dazu auf Seite 12).

In 1. Mose 12 spricht Gott zu Abraham: „Ich will segnen, die dich segnen und verfluchen, die dich verfluchen.“ Noch heute gilt dieses Versprechen dem jüdischen Volk. Israel ist der einzige Staat im Nahen Osten, in dem Juden und Andersgläubige ihre Religion frei ausleben können. Deshalb müssen wir deutlich widersprechen, wenn in Kirche, Politik und Gesellschaft Israel denunziert wird. Wir müssen uns umfassend informieren und die uns als Fakten präsentierten Aussagen kritisch hinterfragen.

Auch die aktuelle Ausgabe des Israelnetz Magazins will Hilfestellung zur umfangreichen Informationsgewinnung bieten. Damit wir gemeinsam Israel zum Segen werden!

Herzlich grüßt Sie aus Jerusalem,

Ihre

Miriam Holmer

Gewaltregime im Küstenstreifen

Seit zehn Jahren kontrolliert die islamistische Hamas den Gazastreifen. Wirtschaft, Strom- und Wasserversorgung funktionieren mehr schlecht als recht. Die Probleme sind größtenteils hausgemacht.

Ulrich W. Sahn

Vor zehn Jahren hat die islamistische Organisation Hamas im Gazastreifen geputscht. Diese allgemein akzeptierte Ansicht ist ebenso falsch wie die Behauptung, dass Israel 1987 die Hamas als „Gegengewicht zur PLO“ gegründet habe. Tatsache ist, dass die frommen palästinensischen Moslems bereits in den 1970er Jahren Armenküchen betrieben und Moscheen gebaut ha-

Organisation“ vor. Scheich Jassin und andere Hamasführer wurden „außergerichtlich hingerichtet“. So werden im Ausland ferngelenkte gezielte Tötungen von Israel genannt.

Infolge des Beschusses Israels mit über 12.000 Raketen wurden inzwischen drei Gaza-Kriege geführt, 2009, 2012 und 2014. Die Israelis sprechen von „Militäroperationen“, weil der Gazastreifen



Täglich bringen rund 800 Lastkraftwagen Kraftstoff, Lebensmittel, Medikamente und andere Waren in den Gazastreifen. Auf den Märkten gibt es außerdem auch Obst und Gemüse, die in dem Küstengebiet angebaut wurden.

ben – mit israelischer Genehmigung. Sie lieferten den Israelis keinen Vorwand für Verhaftungen. Gleichwohl steckten die Israelis den späteren Mitgründer der Hamas, den querschnittsgelähmten Scheich Ahmad Jassin, 1984 ins Gefängnis, nachdem sie bei ihm Waffen gefunden hatten. Dass die Gewehre gegen die „Palästinensische Befreiungsorganisation“ PLO eingesetzt werden sollten, war kein Grund für Gnade bei „illegalem Waffenbesitz“.

Im Gegensatz zur PLO wollten sich die Islamisten zunächst nicht mit Terroranschlägen verzetteln und schmerzhaft israelische Vergeltung provozieren. Die Hamas gründete sich 1987 als Ableger der ägyptischen Moslembrüder – ihr Chefideologe Jassin war inzwischen durch einen Gefangenen austausch freigekommen. Nach ihrer Gründung begann auch die Hamas, sich mit blutigen Selbstmordanschlägen hervorzutun. Das politische Ziel der Organisation: Israel zerstören und an seiner Stelle ein islamisches Kalifat errichten. Ihre Gründungscharta enthält übelste Verschwörungstheorien gegen Juden und Zionisten.

Seither geht Israel mit äußerster Schärfe gegen die „Terror-

kein Staat ist. Fünf Waffenstillstandsabkommen hatte die Hamas 2014 verletzt und so den Krieg 50 Tage in die Länge gezogen. Israel wiederum richtete große Zerstörungen an, marschierte aber nur punktuell ein. Denn es hat kein Interesse, den 2005 geräumten Gazastreifen erneut zu erobern oder die Hamas zu zerschlagen.

Machtübernahme war kein Putsch

Im Juni feiert die Hamas das zehnjährige „Jubiläum“ ihrer Machtübernahme im Gazastreifen. Nach Angaben eines Vertreters der palästinensischen Nachrichtenagentur „Ma’an“ war dies jedoch kein Putsch: „Die Hamas hat sich genommen, was ihr zustand.“

Die Hamas hatte im Januar 2006 die demokratischen Wahlen haushoch gewonnen und die von Jasser Arafat gegründete Fatah-Partei geschlagen. Dies gelang ihr aufgrund des palästinensischen Wahlsystems: Nicht die Gesamtzahl der Wählerstimmen entscheidet. Sondern jener einzelne Kandidat gewinnt den Wahlkreis, der die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Wohl-

diszipliniert stellte die Hamas jeweils nur einen Kandidaten auf, während die zerstrittene Fatah Dutzende ins Rennen schickte. Obgleich die Fatah-Partei die meisten Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte, räumten Hamas-Anhänger die meisten Wahlkreise ab und stellten so eine Mehrheit im palästinensischen Parlament. Dieses wurde daraufhin vom palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas aufgelöst und ist seitdem nicht mehr zusammengetreten. Statt mit Gesetzen regiert Abbas mit Dekreten.

Seit einer gefühlten Ewigkeit herrscht die Fatah-Partei über die Palästinenser. Sie konnte oder wollte ihre Niederlage 2006 nicht eingestehen. Also weigerte man sich in Ramallah, der Hamas die

Schlüsselposten zur Macht zu übergeben: Geheimdienst, Polizei, Waffen, Gefängnisse, und Kontrolle über die Gelder. Die Fäden zieht bis heute der Erbe Arafats: Mahmud Abbas.

Seit dem „Putsch“ wütet nun die Hamas im Gazastreifen mit einer brutalen Gewaltherrschaft. Fatah-Anhänger wurden von Hochhäusern geworfen, ins Gefängnis gesteckt, erschossen oder vertrieben. Die Anführer der Hamas bereichern sich dank Korruption, ähnlich wie die Herrscher im Westjordanland. Die humanitären Katastrophen im Gazastreifen sind von der Hamas weitgehend selbst verschuldet.

weiter auf Seite 6

Israels Zerstörung bleibt Programm

von mh

Anfang Mai hat die Hamas ein „Dokument der allgemeinen Grundlagen und Politik“ vorgestellt. In der dazugehörigen Mitteilung beschreibt sie sich als islamisch-palästinensisch-nationale Befreiungsbewegung, die zum Ziel habe, „Palästina“ zu befreien und dem „zionistischen Projekt“ entgegenzutreten. Dabei diene der Islam als Referenz. In dem Papier fehlt die ausdrückliche Forderung nach Israels Zerstörung. In der Gründungscharta von 1988 heißt es: „Israel existiert und wird weiter existieren, bis der Islam es ausgelöscht hat, so wie er schon andere Länder vorher ausgelöscht hat.“ Hamas-Führer Mahmud al-Sahar erklärte jedoch einige Tage nach der Veröffentlichung, das neue Dokument sei kein Ersatz für die Gründungscharta.

In dem neuen Dokument heißt es, „Palästina“ sei ein Land, das von einem „rassistischen, unmenschlichen und kolonialen zionistischen Projekt, das auf der Grundlage eines falschen Versprechens, der Balfour-Erklärung, gegründet wurde, enteignet wurde“. In Artikel 18 wird „die Balfour-Erklärung für null und nichtig“ erklärt.

Die Bezeichnung „Jude“ wird lediglich in zwei Artikeln genannt. In Artikel 16 „versichert die Hamas“, dass der Konflikt nicht mit Juden aufgrund ihrer Religion bestehe. „Hamas unterhält keinen Kampf gegen Juden, weil sie Juden sind, sondern nur gegen Zionisten, die Palästina erobern. Doch es sind die Zionisten, die sich fortwährend mit dem Judentum und als Juden identifizieren, wenn es um ihr eigenes koloniales Projekt und ihre illegale Entität geht.“

Artikel 17 besagt: „Die Hamas lehnt die Verfolgung oder Untergrabung der Rechte jedes Menschen aufgrund nationalistischer, religiöser oder konfessioneller Gründe ab. Das jüdische Problem, Antisemitismus und die Verfolgung von Juden“ seien ein Phänomen, das an die europä-

es auf den jüdischen Staat Bezug nimmt, durchgehend vom „zionistischen Gebilde“, der „zionistischen Besatzung“ oder dem „zionistischen Projekt“.

Die Absicht des neuen Dokuments ist eher Symbolik als wirkliche Erneuerung. Die Hamas sucht mit vermeintlich mil-

In anti-israelischen Paraden demonstriert die Hamas öffentlich ihre Macht – wie hier in Rafah im August 2016



sche Geschichte geknüpft sei und nicht an die der Araber und Muslime. „Die zionistische Bewegung, die in der Lage war, westlichen Mächten zu helfen, Palästina zu besetzen, ist die gefährlichste Form von Siedlungsbesatzung, die es in den meisten Teilen der Welt nicht mehr gibt und die auch aus Palästina verschwinden muss.“

Zweimal erscheint das Wort „Israel“ in dem arabischen Dokument: Einmal ist vom „israelischen Gebilde“ die Rede, das andere Mal in oben genanntem Artikel 18. Ansonsten spricht das Dokument, wenn

deren Formulierungen bezüglich Israel nach internationaler Anerkennung.

Das Dokument steckt dabei voller Widersprüche. So fordert die Hamas in Artikel 20 einen „völlig unabhängigen und souveränen Staat in den Grenzen des 4. Juni 1967 mit Jerusalem als Hauptstadt“. Der gleiche Artikel besagt jedoch auch, dass sich die Bewegung jeglicher Alternative zur „gesamten Befreiung Palästinas, das vom Fluss bis zum Meer reicht“, verweigert. Das bedeutet nichts anderes als die Auslöschung Israels. |

Wasserprobleme

Der Wassermangel hängt mit einer Versalzung des unterirdischen Süßwasser-Sees zusammen, auf dem der Küstenstreifen „schwimmt“. Das Grundwasser wird im Winter durch Regen aufgefüllt. Solange die Israelis im Gazastreifen herrschten (bis 2005),



Strom ist seit Jahren knapp im Gazastreifen – doch die Krise ist auch hausgemacht

gab es scharfe Kontrollen. Niemand durfte das nur wenige Meter unter der Erdoberfläche stehende Wasser privat abpumpen. Der Abzug der Israelis wurde von den Palästinensern als „Befreiungsschlag“ aufgefasst. Viele erwarben Pumpen und besorgten sich ihr Trinkwasser „kostenlos“. Die Natur rächte sich. Salziges Meerwasser floss nach und machte alles Trinkwasser ungenießbar. Die Hamas bezichtigte gleichwohl Israel, weil es während der Kriege 2009 und 2014 die Infrastruktur zerstört habe. Das stimmt teilweise. Doch verschweigt die Hamas, dass sie Kläranlagen, Pump-Anlagen und sogar UNO-Schulen als Abschussrampen für den Raketenbeschuss Israels benutzt hat. Laut Völkerrecht verlieren Hospitäler ihren „geschützten Status“, sobald sie als Militärstellungen missbraucht werden.

Strommangel und Wirtschaftsmisere

Der Gazastreifen erhielt seinen Strom aus Ägypten, Israel und aus eigener Produktion. Mit Ägypten gab es aufgrund der Nähe der Hamas zu den ägyptischen Moslembrüdern „Probleme“. Deshalb sprang die EU nach dem „Putsch“ der Hamas 2007 ein. Mit Millionenbeträgen garantierte sie die Belieferung des einzigen Kraftwerks mit Kraftstoff. Ein EU-Vertreter sagte bei einer Pressekonzferenz in Jerusalem: „Die Menschen in Gaza sind nicht daran gewöhnt, ihre Stromrechnungen zu zahlen und die EU will sie nicht im Finstern sitzen lassen.“ Das Problem mit den unbezahlten Rechnungen gilt auch heute noch. Normalerweise wird mit den Stromrechnungen auch die Stromerzeugung finanziert. Derzeit weigert sich die Hamas, der Autonomiebehörde den von Israel gelieferten Strom und die Steuern für Schweröl zu bezahlen.

Solange es noch die mittlerweile von Ägypten weitestgehend zerstörten Schmugglertunnel unter der Grenze zum Sinai gab, verdiente die Hamas an Steuern und Abgaben der Schmuggler.

Um sich die Geschäfte nicht zu verderben, sorgte sie mit Beschuss für die Schließung des Eres-Industriezentrums in Israel, wo Tausende Palästinenser arbeiteten. Ebenso wurde der Karni-Warenübergang so oft angegriffen, bis ihn die Israelis stilllegten. Heute gibt es nur noch das Warenterminal in Kerem Schalom, wo etwa 800 Lastwagen täglich Waren in den Gazastreifen bringen.

Israel verhindert freilich den Transfer von Zement oder Metall, die für die militärische Infrastruktur der Hamas missbraucht werden könnten. Andererseits zögert die Hamas nicht, immer wieder Zielfernrohre, Taucheranzüge oder Chemikalien für die Herstellung von Sprengstoffen in den Gazastreifen zu schmuggeln.

In der Propaganda wird stets Israel beschuldigt, den Gazastreifen in das „größte Freiluftgefängnis der Welt“ verwandelt zu haben. Die Hamas hat jedoch entscheidend dazu beigetragen. Die Seeblockade ist schon in den Osloer Verträgen festgeschrieben, um Waffenschmuggel zu verhindern. Neben den Angriffen auf die Warenterminals hat die Hamas auch das Kontrollregime entlang der elf Kilometer langen Grenze des Gazastreifens zu Ägypten zerstört. Israel, Ägypten, die Autonomiebehörde und die EU hatten ein kompliziertes System ausgehandelt, damit Israel per Fernlenkung den Menschen- und Warenverkehr überwachen kann. Eine Elitetruppe aus Ramallah sollte diese Absprachen zusammen mit deutschen Zöllnern im Auftrag der EU garantieren. Die Hamas vertrieb mit Waffengewalt die palästinensischen Aufpasser. Die Deutschen flohen umgehend in Richtung Israel, wo sie mit guten Gehältern bis heute immer noch darauf warten, ihre Arbeit wieder aufnehmen zu können. Etwa 450.000 Menschen passierten bis zum „Putsch“ diese Grenze, 1.500 täglich. Seitdem ist sie fast durchgängig geschlossen.

Hoffnung auf politische Anerkennung

Das größte Problem der Hamas ist die mangelnde internationale Anerkennung. Die Palästinenser sind gespalten. Alle Versöhnungsversuche sind vorläufig fehlgeschlagen. Die USA, die UNO, die EU und andere haben die Hamas zur „Terror-Organisation“ erklärt. Das bedeutet Sanktionen und ein totales Kontaktverbot, an das sich allerdings die „neutrale“ Schweiz nicht hält. Bundeskanzlerin Angela Merkel verkündete Ende Januar 2006 in Jerusalem, dass die Hamas „dem Terror absagen, Israel anerkennen und sich an alle Abmachungen halten“ müsse. Der massive Raketenbeschuss Israels und die von der Hamas angezettelten Kriege waren Methoden, internationale Beachtung, Anerkennung und am Ende Gelder „für den Wiederaufbau“ zu erhalten.

Um die „Probleme zu lösen“, rief der ehemalige SPD-Vorsitzende und heutige Außenminister Sigmar Gabriel Israel auf, die Hamas anzuerkennen. Das geht grundsätzlich nicht, denn die Hamas ist nur eine palästinensische Partei. Auf die Frage, ob Israel nun auch die SPD, die NPD oder die FDP anerkennen sollte, fiel Gabriel nicht mehr als ein Lachen ein.

Die Israelis haben andere Wege, mit der Hamas „zu reden“, etwa um Warenlieferungen zu koordinieren oder wenn wieder einmal vom Gazastreifen aus eine Rakete in Richtung Israel abgeschossen wird. Dann demonstriert Israel, dass allein die Hamas die Verantwortung im Gazastreifen trägt. Gleichgültig welche Splittergruppe die Rakete abgeschossen hat, reagiert Israel grundsätzlich mit Beschuss von Stellungen der Hamas. So büßt die Hamas für ihren Anspruch, im Gazastreifen die volle Kontrolle zu halten. |

ISRAELISCH-ARABISCHER JOURNALIST

„Für den Frieden fehlt die Bildung“

Die führenden Politiker und die wichtigsten Medien im Westen sind sich weitgehend einig: Die israelische Siedlungspolitik ist das große Hindernis für den Frieden. Für die meisten Journalisten arabischer Herkunft ist der Fall ohnehin klar. Aber es gibt Ausnahmen: Chaled Abu Toameh appelliert auch mutig an die Verantwortung der palästinensischen Seite.

Dana Nowak

Es gibt zwei Hauptgründe, weshalb wir bisher mit den Friedensprozessen nicht vorangekommen sind und in absehbarer Zukunft nicht erfolgreich sein werden: Erstens fehlt die Bildung für Frieden mit Israel. Und es fehlt auf der palästinensischen Seite eine Führung, die dazu autorisiert ist, ein Abkommen mit Israel zu schließen.“ Diese Worte stammen nicht aus dem Munde israelischer Politiker, sondern von einem arabischen Journalisten.

„Nennt mich israelisch, arabisch, muslimisch, palästinensisch“, sagt Chaled Abu Toameh, als er sich der kleinen Gruppe deutscher Journalisten in einem Jerusalemer Hotel vorstellt. Seit mehr als 30 Jahren berichtet der israelische Araber über den Nahostkonflikt. Sein Fokus liegt auf dem Geschehen in den palästinensischen Autonomiegebieten.

„Auf der palästinensischen Seite finde ich nicht einen Führer, der den Mut hat, aufzustehen und seinem Volk auf Arabisch, nicht auf Englisch, zu sagen, dass man Israel gegenüber Kompromisse machen muss“, erklärt der in Jerusalem lebende Journalist. Die palästinensische Führung habe sich selbst die Hände gebunden, da sie ihrem Volk immer wieder versprochen habe, von Israel 100 Prozent zu verlangen. Deshalb könne sie nicht mit weniger zurückkommen. Aus diesem Grund habe auch der frühere Palästinenserführer Jasser Arafat abgelehnt, als Israels damaliger Premier Ehud Barak ihm im Jahr 2000 bis zu 97 Prozent des Westjordanlandes und den Osten Jerusalems als Hauptstadt angeboten hatte.

Vergiftete Herzen

Ein ebenso großes Hindernis für den Frieden sieht Abu Toameh in der Hetze gegen Israel. Diese habe die Herzen und Gedanken von Millionen Arabern und Muslimen vergiftet. „Ich bin mehrmals pro Woche in Ramallah. Aber könnte ich mich dort in der Öffentlichkeit hinsetzen und einer Gruppe Palästinensern sagen:

„Ich finde, es ist Zeit für uns, Frieden mit den Juden zu schließen, vielleicht sollten wir Israels Existenzrecht anerkennen.“? Wenn ich das mache und Glück habe, dann wird mir nur ins Bein geschossen, während ich abhaue.“

Wer Frieden mit Israel schließen wolle, müsse sein Volk darauf vorbereiten, betont der Araber und verweist darauf, dass der palästinensische Präsident Mahmud Abbas Hetze zulasse. „Wir sagen unserem Volk: „Die Juden wollen keinen Frieden, sie wollen uns töten, unser Land stehlen, das Wasser vergiften.““ Wer so gegen Israel hetzt, könne nicht zugleich Friedensverhandlungen mit Israel führen, ohne beim Volk als Verräter zu gelten. Hetze und Indoktrination seien außer Kontrolle geraten, meint Abu Toameh. Auch Abbas könne sie nicht mehr stoppen. „Das ist eine kulturelle Sache geworden.“

Abbas habe zudem weder das Mandat seines Volkes noch die Macht, ein Abkommen mit Israel umzusetzen, da er bereits im zwölften Jahr seiner vierjährigen Amtszeit sei. Eine solche Vereinbarung könne von den Palästinensern in Frage gestellt werden, da sie von einem Präsidenten unterzeichnet wurde, der keine Legitimität mehr habe. Abbas habe ferner keine Kontrolle über die im Gazastreifen sowie die im Ausland lebenden Palästinenser.

Bei den Palästinensern gebe es zwei Lager, erklärt Abu Toameh weiter. Eines möchte keinen Frieden mit Israel. Es will Israel durch ein islamisches Imperium ersetzen. Das zweite Lager könne keinen Frieden mit Israel schließen. „Es ist die Palästinensische Autonomiebehörde. Vielleicht will sie Frieden mit Israel, aber sie kann nicht, weil sie schwach ist und kein Mandat von ihrem Volk hat.“ Israels Optionen seien daher sehr beschränkt. Laut Abu Toameh tut Israel das Richtige: „Mit den Palästinensern arbeiten, die mit dir arbeiten wollen und auf jeden Palästinenser schießen, der auf dich schießt.“ Voran gehe es erst an dem Tag, „an dem wir von der arabischen, muslimischen Seite den Traum aufgeben, Israel zu zerstören“. |



Chaled Abu Toameh schreibt unter anderem für die New Yorker Denkfabrik „Gatestone Institut“, die israelische Tageszeitung „Jerusalem Post“ und arbeitet für den US-Nachrichtensender „NBC News“. Für seine mutige Berichterstattung wurde er mehrfach ausgezeichnet, darunter 2014 mit dem „Daniel-Pearl-Preis“.

IVANKA TRUMP UND JARED KUSHNER

Familienbande im Weißen Haus

Er gilt als Geheimwaffe von US-Präsident Donald Trump: Jared Kushner, der Schwiegersohn, der den Nahen Osten befrieden soll. Allerdings ist der orthodoxe Ehemann von Ivanka Trump durch seine Russland-Kontakte ins Visier des FBI gerückt.

Ansgar Graw

Einmal schien es, als sei der religiöse Glaube stärker als die Liebe zwischen zwei Menschen. Da beendeten sie, die Tochter eines presbyterianischen Protestanten, und er, der Sohn orthodoxer jüdischer Eltern, ihre Beziehung. Sie fanden dann aber doch wieder zusammen, heirateten 2009, bekamen drei Kinder – und arbeiten heute beide im Weißen Haus, in der engsten Umgebung des Präsidenten.



**Mein Vater, der Präsident:
Ivanka Trump gehört zum
Beraterkreis von Donald
Trump**

Ivanka Trump und Jared Kushner, die Tochter und der Schwiegersohn von Donald Trump, bilden das neue Power-Paar in einer Washingtoner Polit-Szene, die sich nach dem spektakulären Wahlausgang vom 8. November 2016 gänzlich umgruppiert. Der Beziehungskonflikt zeigt, dass die Religion in der Familie hohe Bedeutung hat. Jared Kushner beendete 2008 wohl auch auf Druck seiner Eltern die Beziehung, die er und Ivanka 2005 begonnen hatten. Ivanka konvertierte daraufhin zum Judentum, die beiden kamen wieder zusammen und heirateten nach jüdischem Zeremoniell. Tochter Araballa Rose (5) und die Söhne Joseph Frederick (3) und Theodore James (1) werden im jüdischen Glauben erzogen.

Dass der Präsident aus der Regierung eine Art Familienunternehmen macht, wird von seinen Kritikern mit Misstrauen beobachtet. Ein Antinepotismus-Gesetz, vom Kongress beschlossen wegen der Berufung von Bobby Kennedy als Justizminister in das Kabinett seines Bruders John F. Kennedy, verbietet derartige Vetternwirtschaft. Einzige Ausnahme: In der Zusammenstellung seiner Mannschaft im Weißen Haus gibt es keine Auflagen für den Präsidenten – solange er Familienangehörige für ihre Dienste nicht bezahlen lässt. Darum agieren Jared Kushner, der Chefberater, und Ivanka, eine Assistentin des Präsidenten, als unbezahlte Mitarbeiter.

Mit Trump auf Augenhöhe

Ivanka war im Trump-Familienkonzern als ausführende Vizepräsidentin mit Zuständigkeiten für Entwicklung und Akquisitionen die rechte Hand ihres Vaters. Auch im Weißen Haus wird die 35-Jährige seinem inneren Kreis zugerechnet. Dass der Präsident Anfang April als Vergeltung für einen syrischen C-Waffen-Einsatz gegen Zivilisten eine begrenzte Militäraktion der USA gegen einen syrischen Luftwaffenstützpunkt anordnete, wird auf Ivankas Drängen zurückgeführt.

Auch der 36-jährige Kushner begegnet dem mit einem ausgesprochenen Ego ausgestatteten Schwiegervater auf Augenhöhe: Er ist durchsetzungstark wie Trump, Immobilienunternehmer wie Trump, und über den Familienbesitz Milliardär wie Trump. Zusammen mit den Eltern und Bruder Josh verfügt er nach Schätzung des Wirtschaftsmagazins „Forbes“ über ein Gesamtvermögen von rund 1,8 Milliarden Dollar. Trump hat seinen eigenen Besitz im Sommer 2015 auf 10 Milliarden Dollar taxiert, während er laut „Forbes“ 3,5 Milliarden Dollar beträgt.

Ansonsten überwiegen die Unterschiede zwischen dem Präsidenten und Kushner. Da ist das Verhältnis zu den Medien: Während Trump

sich in einem „Krieg mit den Medien“ wähnt, ist Kushner der Besitzer des „Observer“, den er von einem New Yorker Wochenblatt in roten Zahlen zu einer rentablen Website ohne regionale Verortung entwickelte.

Und da sind die gegensätzlichen Charakterzüge beider Männer: Trumps polternde Extrovertiertheit kontrastiert mit der Zurückhaltung Kushners. Bereits während des Wahlkampfes diente Kushner zusammen mit Ivanka dem Kandidaten als ein wichtiger Manager. In der Übergangszeit zwischen Wahlsieg und Amtseinführung leistete sich der Harvard-Absolvent allerdings einen massiven Fehler: Mit dem russischen Botschafter Sergej Kisljak diskutierte er die Möglichkeit eines geheimen, diskreten Drahts zwischen Trump und Moskau, der aus der russischen Botschaft betrieben werden sollte. Das ist nicht illegal, wirft aber angesichts der Moskauer Hackerangriffe auf die Demokratin Hillary Clinton die brisante Frage auf: Was sollte da mit Moskau so eilig jenseits der offiziellen Kanäle diskutiert werden?

Kushner gehört zur linksbürgerlichen Gesellschaft von New York City und war bis zum Wahlkampf registrierter Demokrat. Seine Eltern sind großzügige Spender für demokratische Politiker; unter anderem förderten sie Hillary Clintons erfolgreichen Wahlkampf für einen New Yorker Senatssitz im November 2000.

Orthodoxer Glaube mit Tradition

Jared Kushner ist der Enkel von Holocaust-Überlebenden aus dem damals polnischen Nawahrudak, das heute zu Weißrussland gehört. In Florham Park in New Jersey, wo das Immobilienunternehmen sitzt, sind die „Joseph Kushner Hebrew Academy“ und die „Rae Kushner Yeshiva High School“, die jüdische Schüler vom Kindergarten bis zum Abschluss in der 12. Klasse bringen, nach den Großeltern benannt. Der Enkel wuchs in der Tradition der modernen Orthodoxie auf; die Familie bemüht sich, religiöse Gesetze strikt zu beachten, vom koscheren Essen bis zur Würdigung des Sabbat als Ruhetag, aber sie mit dem Leben in einer säkularen Welt zu verbinden.

Im Alltag eines Präsidentenberaters führt dieses Leben nach den Vorschriften der Religion gelegentlich zu Problemen. Schon am 20. Januar, dem Tag der Inauguration, wurde das deutlich: Der President-elect besuchte, einer von Franklin D. Roosevelt in den 30er Jahren begründeten Tradition folgend, den Gottesdienst in der St. John's Episcopal Church schräg gegenüber vom Weißen Haus. Ihm und First Lady Melania folgten Jared Kushner und Ivanka

Trump auf dem Fuße. Eigentlich besuchen orthodoxe Juden keine Kirchen; angeblich ließen sich Ivanka und ihr Mann von einem Rabbi eine Ausnahmegenehmigung erteilen.

Dass Jared Kushner durchsetzungsstark ist, bekam Chris Christie zu spüren. Der republikanische Gouverneur von New Jersey startete 2015 selbst als Bewerber für das Ticket zum Weißen Haus und schlug sich im Februar 2016 als einer der ersten „Establishment-Republikaner“ auf die Seite Trumps. Anfänglich träumte der Gouverneur dem Vernehmen nach vom Posten des Vizepräsidenten. Letztlich wurde er nur Chef einer von Trump eingerichteten Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des Drogenmissbrauchs. Mutmaßlicher Grund: Als New Yorker Generalbundesanwalt hatte Christie 2005 Charlie Kushner, den Vater von Jared, wegen illegaler Wahlkampfspenden und Steuerbetrugs in einem filmreifen Skandal samt Sexfällen und Erpressung durch Fotobeweise für 18 Monate hinter Gitter gebracht. Schüler der Kushner-Schulen überklebten damals vorübergehend den Familiennamen auf ihren Shirts mit Klebeband.

„Jared Kushner beschreibt den Fall des Vaters als einschneidendes Element seines Lebens“, bilanziert Lizzie Widdicombe in einem großen Porträt über Ivanka und Jareds „Powerplay“ im Magazin „The New Yorker“ im August 2016. So etwas konnte nicht zur Freundschaft zwischen Chris Christie und Jared Kushner führen.

Fehlende Erfahrung

Verständnis für die bedrängte Situation der Juden im Nahen Osten bringt Kushner aufgrund seiner Biografie mit; an politischem Faktenwissen und diplomatischer Erfahrung fehlt es ihm indes. Dennoch gilt er im Weißen Haus als „Trump's Mann für die Außenpolitik“. Der Präsident, der selten eingesteht, dass andere einen höheren Intelligenzquotienten als er haben könnten, lobt ihn als „wirklich sehr schlau“. Er nahm ihn und Ivanka mit zur ersten Auslandsreise mit Stationen in Riad und Jerusalem.

Nach seiner ersten Begegnung mit dem palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas im Weißen Haus verblüffte Trump die Welt mit seiner Einschätzung, eine Friedenslösung für die Region sei „vielleicht nicht so schwer, wie die Leute über die Jahre gedacht haben“. Schon zuvor hatte er seine Hoffnung deutlich gemacht, dass der Schwiegersohn die Probleme lösen wird, an denen die regionalen Mächte und amerikanische Außenminister seit einem halben Jahrhundert gescheitert sind. „Wenn du keinen Frieden im Nahen Osten erreichen kannst“, sagte Trump zu Kushner, „kann es niemand“. |



Trump's Mann für Nahost: Jared Kushner genießt das Vertrauen des Präsidenten



Ansgar Graw ist seit 2009 Auslandskorrespondent für „Welt“, „Welt am Sonntag“ und „welt.de“ in Washington D.C. Im Sommer erscheint sein Buch „Trump verrückt die Welt“ (Herbig-Verlag, 19,99 Euro).



Natan Scharanski im Gespräch mit Israelnetz bei der Eröffnung eines gemeinsamen Büros der Jewish Agency und von „Ebenezer Operation Exodus“ in Berlin

NATAN SCHARANSKI

Der Verbindungsmann

Seit er nach dem Sechs-Tage-Krieg das Judentum für sich entdeckt hat, setzt sich Natan Scharanski für die Beziehungen von Juden in der Diaspora und dem Staat Israel ein. Seit 2009 ist er Vorsitzender der jüdischen Einwandererorganisation Jewish Agency. Im Gespräch mit dem Israelnetz Magazin erzählt der ehemalige russische Gefangene aus seinem bewegten Leben und verrät, welche Unterstützung er sich von Christen für sein Volk erhofft.

Die Fragen stellte Dana Nowak

Israelnetz: Welche Rolle hat das Judentum in Ihrer Familie gespielt?

Natan Scharanski: Ich bin in einer absolut assimilierten Atmosphäre der typischen sowjetischen Juden aufgewachsen. Meine Eltern besaßen von ihren Eltern Wissen über das Judentum, aber sie haben es nicht an uns Kinder weitergegeben. Es gab keine Synagoge, keinen offiziellen Ort zum Beten, keinen Ort, um etwas über das Judentum zu lernen, keine Bücher, keine Tradition. Das einzig Jüdische in meinem Leben war der Antisemitismus. Wir wussten, jüdisch zu sein, ist so, als wäre man mit einer Krankheit geboren worden. Man musste lernen sich anzupassen.

Wann haben Sie begonnen, sich mit dem Judentum, mit Israel, zu beschäftigen?

Erst nach 1967, nach der Wiedervereinigung Jerusalems, nach dem wunderbaren Sieg Israels über seine Feinde, trat Israel in unser Leben, und damit auch das Judentum. Indem wir über Israel lernten, lernten wir auch etwas über uns selbst, unsere Geschichte, unsere Traditionen, unsere Identität. So haben wir angefangen, uns als Teil der jüdischen Welt zu sehen.

1973 wurde Ihnen die Ausreise nach Israel aus Sicherheitsgründen verweigert. 1977 wurden Sie wegen angeblicher Spionage zu 13 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Nach Ihrer Freilassung setzten Sie sich in Israel für die Einwanderung der sowjetischen Juden ein. Waren das Ihre Pläne für ein Leben im jüdischen Staat oder haben sich diese während der Gefangenschaft geändert?

Ich wusste, dass ich in Jerusalem sein wollte. Als sie mich bei meiner Verurteilung im Gericht nach den letzten Worten an meine Familie fragten, da sagte ich: „Nächstes Jahr in Jerusalem!“. Das war mein Traum, meine Hoffnung. Von dem Tag an, an dem sie mich vom Gefängnis zur Glienicker Brücke bei Berlin gebracht haben und ich noch am selben Tag nach Israel kam, und dort meine Familie getroffen habe, lebten wir in Jerusalem.

Nach Ihrer Freilassung aus dem sibirischen Lager 1986 wanderten Sie nach Israel ein und änderten Ihren Namen von Anatoly in Natan. Warum haben Sie sich gerade für diesen Namen entschieden?

Als ich geboren wurde, wollte mich mein Großvater Natan nennen, nach seinem

Vater. Aber in meinem Geburtsjahr 1948 gab es so viel Antisemitismus. Meine Eltern hatten Angst, mir einen so deutlich jüdischen Namen zu geben. Also nannten sie mich Anatoly. Aber mein Großvater hat mich immer Natan gerufen. Als wir also zu unseren Wurzeln zurückfanden, war es für mich ganz natürlich, mir den Namen zu geben, den mir meine Eltern aus Angst nicht gegeben haben.

Was, glauben Sie, ist für Juden in der Diaspora der Hauptbeweggrund, nach Israel einzuwandern?

Natürlich wurden viele Juden vor dem Holocaust und vor Verfolgung gerettet, indem sie nach Israel kamen. Aber heute ist die Alija eine freudige Angelegenheit. Juden kommen nach Israel, weil sie fühlen, dass

genheit, uns enorm zu verbessern – unser Büro, unsere Aktivitäten, die Möglichkeiten, viel mehr Menschen in der Welt zu treffen. Das war wirklich eine Win-win-Situation und wir freuen uns sehr, unsere Arbeit in Berlin so aufzuwerten.

Was versprechen Sie sich von dieser Zusammenarbeit? Haben Sie Erwartungen an Christen, wie diese die Jewish Agency unterstützen können?

Natürlich können sie Spenden für die verschiedenen Projekte sammeln. Aber sie können auch ganz praktische Hilfe geben. In der Ukraine brauchen wir zum Beispiel immer wieder Helfer, weil unsere Leute gerade in Kriegsgebieten nicht alle Menschen erreichen können. Und natürlich brauchen wir Hilfe im Kampf gegen

Wir müssen auch unsere Präsenz in den Zentren des Antisemitismus erhöhen – in einigen europäischen Staaten und an verschiedenen Hochschulen in den USA. Das sind die Dinge, mit denen ich mich in diesem Jahr zusammen mit unseren Partnern befassen werde, und Ebenezer ist ein großartiges Beispiel für diese Partnerschaft.

Haben Sie schon Pläne für die Zeit danach?

Ich halte Titel nicht für so bedeutend. In der ehemaligen Sowjetunion war ich ein Aktivist, danach ein Gefangener, ich war Minister im Kabinett von vier verschiedenen Regierungen, jetzt bin ich Vorsitzender der Jewish Agency. Das sind alles verschiedene Titel, aber im Grunde habe ich immer dasselbe gemacht: die Verbindungen



„Das einzig Jüdische in meinem Leben war der Antisemitismus.“

dies ihre Heimat ist, ihre Familie, der natürliche Ort für Juden zum Leben. Und wir versuchen, mit verschiedenen Programmen dieses Gefühl zu stärken. Und wenn Juden entdecken, wie gut es sich anfühlt, ein freies jüdisches Leben in ihrem eigenen Land zu führen, dann machen sie Alija.

Die Jewish Agency und die christliche Organisation „Ebenezer Operation Exodus“ haben Ende April ein gemeinsames Büro in Berlin eröffnet. Sie setzen sich schon seit vielen Jahren gemeinsam für die Alija ein. Warum wurde das Zentrum erst jetzt eröffnet und nicht schon früher?

Wir sind seit etwa 25 Jahren sehr gute Partner, als Ebenezer das große Schiff gemietet und Einwanderer von Odessa nach Haifa gebracht hat. Wir haben Büros in Berlin, München und an anderen Orten, aber diese sind alle sehr klein. Unsere Arbeit wächst und wir haben geprüft, wie wir uns vergrößern könnten, obwohl unser Budget begrenzt ist. Und da kamen unsere Freunde mit dem Vorschlag. Das war die Gele-

Antisemitismus und Antizionismus. Es ist sehr wichtig, dass dies nicht nur ein jüdischer Kampf ist, sondern ein Kampf aller Menschen, die, wie wir, an die große Mission des jüdischen Volkes glauben, ein Licht für die Nationen zu sein.

Im Februar sind Sie dem Wunsch des Vorstands der Jewish Agency nachgekommen, ein weiteres Jahr als Vorsitzender im Amt zu bleiben. Was liegt Ihnen persönlich für dieses Jahr am meisten am Herzen?

Es ist ein Jahr voller Unsicherheiten. Was passiert in Europa durch neuen und alten Antisemitismus? Wie wird es der jüdischen Gemeinde in den USA ergehen? Welche neuen Angriffe wird es auf den Staat Israel geben? Ich hoffe, dass wir in diesem Jahr die Verbindungen zwischen den jüdischen Gemeinden weltweit, dem Staat Israel und seinen Freunden und Verbündeten stärken können. Außerdem gilt es, einige wichtige Verhandlungen zwischen den verschiedenen jüdischen Strömungen und dem Staat Israel zu beenden.

dungen zwischen Juden weltweit und dem Staat Israel zu stärken. Damit werde ich weitermachen, mit welchem Titel auch immer.

Vielen Dank für das Gespräch!

Biographisches

Natan Scharanski wurde am 20. Januar 1948 als Anatoli Borissowitsch Schtscharanski im damaligen sowjetischen Stalino (heute Donezk, Ukraine) geboren. Während der kommunistischen Diktatur setzte er sich für Menschenrechte ein. Er war zudem Gründer und Sprecher der „Refusnik“-Bewegung, die sich für Juden engagierte, denen die Ausreise verweigert wurde. Wegen angeblicher Spionage für die USA wurde er zu 13 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Neun Jahre verbrachte er in einem sibirischen Gulag. 1986 wurde Scharanski nach Berlin geflogen und gegen einen sowjetischen Spion ausgetauscht.

NIKKI HALEY

Diplomatie als Mission

Die neue amerikanische UN-Botschafterin Nikki Haley lässt keinen Zweifel an ihrem Einsatz für Israel. Mit ihrem Amt soll für den jüdischen Staat nichts weniger als eine „neue Ära“ bei den Vereinten Nationen anbrechen.
Daniel Frick

Nirgendwo ist das Versagen der Vereinten Nationen beständiger und empörender als bei den Vorurteilen gegenüber unserem engen Verbündeten Israel.“ Mit diesem Satz brachte Nikki Haley ihr Hauptanliegen auf den Punkt, als sie sich beim US-Senat Anfang des Jahres für das Amt als UN-Botschafterin vorstellte. Der Eifer und die Entschlossenheit, die die 45-Jährige seither an den Tag gelegt hat, lassen darauf schließen, dass sie nicht nur Diplomatie betreiben will, sondern eine Mission verfolgt: Bei der Weltorganisation soll mit ihr eine neue Ära anbrechen – nicht nur in Bezug auf Israel, aber eben doch gerade auch bei diesem Thema.



Mischt derzeit die Politik der Vereinten Nationen auf: die amerikanische Botschafterin Nikki Haley

Seit Haley Ende Januar ihr Amt antrat, hat sie ein Feuerwerk losgetreten. Mit rhetorischen Salven schoss sie gegen alle, die den jüdischen Staat verunglimpfen. Ein Höhepunkt dieser Vorstöße war die Konferenz des „Amerikanisch-Israelischen Ausschusses für öffentliche Angelegenheiten“ (AIPAC) Ende März in Washington. Dort sagte sie den begeisterten Zuhörern: „Ich trage Absätze – aber nicht wegen der Mode. Sondern, wenn ich sehe, dass etwas falsch läuft, dann treten wir zu.“ Bei demselben Anlass erklärte sie auch, für Israel breche bei den Vereinten Nationen ein „neues Zeitalter“ an. Die USA seien dabei der „unerschrockene und eindeutige Verbündete Israels“.

Bereits auf der Anti-Israelboycott-Konferenz der Vereinten Nationen, zu der ihr israelischer Amtskollege Danny Danon geladen hatte, erklärte Haley am 29. März, Israelboycott sei „widersinnig“. Als Haley im April dem Sicherheitsrat vorsah, verlangte sie ein breiteres Themenfeld als bislang. Das Gremium setze Israel regelmäßig auf die Agenda, ignoriere dabei jedoch drängende Bedrohungen. „Wenn wir ernsthaft über den Konflikt im Nahen

Osten sprechen, müssen wir mit dem Hauptschuldigen anfangen: dem Iran und seiner Partnermiliz, der Hisbollah.“

Dass dies alles nicht nur Sprüche sind, hatte Haley schon vorher gezeigt. Am 20. März verkündete sie, die USA würden Debatten des Menschenrechtsrates boykottieren, die unter „Punkt 7“ der Agenda stattfinden. Dieser Punkt sieht vor, dass bei jeder Sitzung Israel behandelt wird. Einen solchen Tagesordnungspunkt gibt es für keinen anderen Staat. Eine solche Vorschrift „macht die einzige UN-Einrichtung, die die Menschenrechte weltweit behandelt, unglaubwürdig“, sagte Haley.

Lob aus Israel

Diese Politik bleibt in Israel nicht ohne Resonanz. Regierungschef Benjamin Netanjahu sagte, Haley stehe dafür ein, „was gut ist für Israel und die Wahrheit bei den Vereinten Nationen“. Justizministerin Ajelet Schaked betonte bei einem Besuch in Washington am 8. Mai: „Israel ist nicht mehr der Prügelknabe der Vereinten Nationen. Wir sehen den Wandel mit Nikki Haley als Botschafterin der USA. Die Israelis haben endlich das Gefühl, dass jemand den Kampf für Gerechtigkeit und Moral anführt an einem Ort, wo es das nicht gibt.“

Doch nicht erst im Amt als UN-Botschafterin setzt sich Haley für Israel ein. Bereits als Gouverneurin von South Carolina (2011–2017) sorgte sie für eine Wegmarke: Am 4. Juni 2015 unterzeichnete sie das erste Gesetz auf Staatenebene, das Israelboycott verbietet. Staatliche Einrichtungen dürfen demnach nicht mit Firmen zusammenarbeiten, die Israel boykottieren. Inzwischen haben 20 der 50 US-Bundesstaaten eine solche Vorschrift.

Haleys indische Wurzeln – sie ist die Tochter von Immigranten – scheinen sie bei alledem den Israelis näher zu bringen. Nach eigenem Bekunden sieht sie Parallelen zwischen der indischen und der israelischen Kultur: „Wir lieben unsere Familien. Wir haben eine starke Arbeitsmoral“, sagte sie auf der AIPAC-Konferenz. Dies seien die „guten Sachen“. Dann fuhr sie fort: „Wir sind aggressiv. Wir sind stur. Und wir gehen keinem Streit aus dem Weg.“

Besonders die letztgenannten Eigenschaften spielt Haley nun auf höchstem diplomatischen Parkett für Israel aus. Bislang ist sie damit erfolgreich. Dass das auch anders werden kann, weiß sie selbst. In ihrer Autobiographie hat sie einmal politische Einrichtungen mit einem Klub verglichen, in dem gewisse Regeln gelten: „Brich die Regeln, und du wirst ausgeschlossen.“ Eine derartige Erfahrung habe sie 2005 gemacht, als sie sich beim Einzug in das Abgeordnetenhaus von South Carolina den Sitz eines alteingesessenen Politikers ihrer Partei schnappte. Die Parteifreunde sahen das nicht gern. „Ich wusste damals, dass es Zeit brauchen würde, bis sie mich kennenlernen, und damit ich mich beweisen kann.“ |

„EIN TAG WIE KEIN ANDERER“

Ein Filmjuwel über die Trauer

Der israelische Film „Ein Tag wie kein anderer“ ist ein verblüffendes Debütwerk. Die Geschichte um ein trauerndes Elternpaar, das den erwachsenen Sohn an den Krebs verloren hat, ist leicht und schwer zugleich. Mit Humor und Poesie erzählt der Film von der Schwierigkeit, nach einem Schicksalsschlag wieder ins Leben zurückzufinden.

Eine Filmkritik von Michael Müller



Schauspieler Shai Avivi spielt den aufgelösten Vater (r.) mit passiver Aggressivität und immer am Rande des Wahnsinns – „Ein Tag wie kein anderer“, 98 Minuten, freigegeben ab 6 Jahren

Das vielleicht größte Unglück für Eltern ist es, wenn die Kinder vor ihnen die Erde verlassen. Die jüdische Tradition hat für Todesfälle die Trauerwoche Schiv'a (hebräisch für „sieben“) vorgesehen, in der Hinterbliebene nicht arbeiten müssen und von Verwandten und Freunden zuhause besucht werden. Für Vater Eyal Spivak (Shai Avivi), der seinen 25-jährigen Sohn Ronnie an den Krebs verloren hat, ist das aber kein Trost. Im Tischtennistisch des Hauses fertigt er ein Kind nach dem anderen ab. Sie waren mit ihren Familien gekommen, um ihr Beileid auszudrücken. Jeder Schmetterschlag gegen die unterlegenen Gegner verschafft Eyal eine kurze Ablenkung von seinem Trauerschmerz.

Seine Frau Vicky Spivak (Evgenia Dodina) würde sich am liebsten wieder in den Alltag retten und ihre Arbeit als Schullehrerin aufnehmen. Nur hat der nervige Vertretungslehrer strikte Anweisungen der Direktorin erhalten, Vickys Klasse weiterhin zu leiten, bis sie wieder richtig „funktioniert“. Eyal hat es sich unterdessen zur Aufgabe gemacht, das medizinische Marihuana seines Sohnes aus dem Hospiz zu entwenden. Es ist praktisch das letzte Überbleibsel von Ronnie, der die Droge in der Endphase seiner Krankheit gegen die Schmerzen einnahm. Der Vater will daraus Joints drehen, was er noch nie gemacht hat. Er holt sich den Jugendfreund seines Sohnes, Zooler (Tomer Kapon), zur Hilfe.

Dieser Film ist ein ganz und gar verblüffendes Werk. Es ist von einem tiefen Humanismus und einer Reife beseelt, die bei Erstlingswerken ungewöhnlich sind. Regie geführt hat der 34-jährige Asaph Polonsky, der in den USA geboren wurde und in Israel auf-

wuchs. Der Film ist schwer und leicht zur gleichen Zeit. Er besitzt die niederschmetternde Thematik der Trauerarbeit, die chirurgisch genau anhand der Mimiken der Protagonisten seziert wird. Polonsky erzählt diesen Prozess aber mit solch einer traumwandlerisch sicheren Hand und atemberaubend poetischen Bildern, dass die Handlung schwebend daherkommt.

Kleine Gesten helfen zurück ins Leben

Zugegebenermaßen gibt es auch nicht allzu viel Handlung. Der Schmerz der Familie ist allgegenwärtig. Mutter wie Vater zerreißt es fast innerlich. Simple Tätigkeiten, wie sich die Haare zu waschen, werden existenziell aufgeladen. Es sind die kleinen Gesten, die den Eltern helfen, wieder ins Leben zurückzufinden. Das Ende der Schiv'a macht nur klar, dass sich Trauer keinen Normen und Regeln unterwirft.

Im Laufe des Films setzt sich bei Eyal die Gewissheit durch, dass sich Sohn Ronnie jetzt an einem besseren Ort befindet. Und bei der verpassten Möglichkeit, die Liegeplätze auf dem Friedhof neben dem Grab ihres Jungen für sich und seine Frau zu reservieren, wächst eine Erkenntnis: Eyal scheint der Gedanke zu beruhigen, dass es diese Geste der Zusammengehörigkeit im Diesseits nicht mehr braucht und die Familie anderweitig verbunden bleiben wird.

„Ein Tag wie kein anderer“ ist ein kleines, bittersüßes Meisterwerk voller Atmosphäre und genauer Beobachtungen, ein funkelnendes Filmjuwel mit einer aufregenden Bildsprache. |

MELDUNGEN



Der April war ein Rekordmonat für die Tourismusbranche (Im Bild: Mittelmeerküste vor Aschkelon)

Tourismusbranche boomt

Mehr als 1,09 Millionen Touristen sind vom Jahresbeginn bis Ende April nach Israel gekommen. Das sind rund 26 Prozent mehr als in den ersten vier Monaten 2016. Damals lag diese Zahl bei etwa 850.000. Allein im April kamen 350.000 Urlauber. Das waren 40 Prozent mehr als im gleichen Monat 2016 und so viele wie noch nie in einem April. Wie das Wirtschaftsmagazin „Globes“ berichtet, hat die Tourismusbranche in den ersten vier Monaten rund 1,5 Milliarden Euro eingenommen. |

Dana Nowak

Ungewöhnliche Zusammenarbeit

In Jordanien wurde im Mai der erste Teilchenbeschleuniger im Nahen Osten eingeweiht. Dies ermöglicht eine seltene Kooperationen zwischen Ländern der Region. Wissenschaftler aus Jordanien, Israel, den palästinensischen Gebieten, Ägypten, dem Iran, Pakistan, der Türkei und Zypern forschen hier gemeinsam. Nach 20 Jahren Vorbereitungszeit wurde die Anlage mit dem Namen SESAME in Betrieb genommen. Mit dem Beschleuniger soll hochintensive Strahlung erzeugt werden, sogenannte Synchrotronstrahlung. Die Forschung soll unter anderem der Medizin, Pharmazie, Physik, Chemie und Biologie dienen. Der Bau des Zentrums im Wert von 100 Millionen Dollar begann im Jahr 2003. Der größte Teil der Fördergelder kam von der EU und einzelnen Mitgliedsländern wie Deutschland, Italien, Frankreich und Großbritannien. |



Jordaniens König Abdullah II. (M.) mit dem Präsidenten des SESAME-Rates Sir Chris Llewellyn Smith (l.) und SESAME-Geschäftsführer Chaled Tukan bei der Einweihung des Teilchenbeschleunigers

Martina Blatt

Terrorist als Bürgermeister

Im Jahr 1980 war er an einem Anschlag in Hebron beteiligt, bei dem sechs Juden ums Leben kamen. Nun haben die palästinensischen Bewohner der Stadt Tajsir Abu Sneineh zu ihrem Bürgermeister gewählt. Dass ein Fatah-Politiker das Amt erlangen konnte, war in der Hochburg der Hamas nur durch den Wahlboykott der radikal-islamischen Organisation möglich.



Tajsir Abu Sneineh erinnert auf Facebook an den Anschlag von 1980

Abu Sneineh kämpfte einst an der Seite des 2004 verstorbenen Palästinenserführers Jasser Arafat im Libanon gegen Israel. Vor Journalisten bezeugte er, dass er und seine Kameraden ihren Kampf nach dem israelischen Friedensabkommen mit Ägypten von 1979 auf Hebron konzentrieren wollten. Nach dem Anschlag wurde er zu lebenslanger Haft verurteilt, kam aber bei einem Gefangenenaustausch frei. Die Tat hat der Palästinenser nie öffentlich bereut, er ist vielmehr stolz darauf. Auf Facebook zeigt er ein Bild der vier Attentäter, er selbst ist mit einem Kreis markiert.

Nach der Gründung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) wurde er ein Beamter im Ministerium für die heiligen Stätten. Später erhielt er die Verantwortung für die Höhle von Machpela, die Grabstätte der biblischen Erzväter Abraham, Isaak und Jakob.

Nach der Wahl am 14. Mai schrieb der Pressesprecher für arabische Medien im Büro des israelischen Premierministers, Ofir Gendelman, über den Kurznachrichtendienst Twitter: „Es handelt sich um eine Terrorkultur. Die Palästinenser in Hebron haben den kaltblütigen Mörder von sechs Israelis zum neuen Bürgermeister gewählt. Nur in der Palästinensischen Autonomiebehörde kann ein Mörder in ein offizielles Amt gewählt werden.“

Am 17. Mai hat sich der stellvertretende israelische Verteidigungsminister Eli Ben-Dahan in der Knesset zu dem Wahlsieg geäußert: In seinem Wahlkampf habe sich Abu Sneineh, der heute Unterstützung des palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas erhalte, des Mordes gerühmt. Den israelischen Kabinettsmitgliedern sagte Ben-Dahan, die Regierung müsse die jüdische Besiedlung in Hebron entwickeln. Die Regierungsbehörden und die Armee in Israel würden nicht mit einem Mörder zusammenarbeiten, ergänzte der Politiker der Partei „HaBeit HaJehudi“. |

Elisabeth Hausen

VOR 100 JAHREN

„Balfour-Deklaration“

Bereits im Sommer 1917 war abzusehen, dass die Türken den Orient verlieren werden. Die Sieger planten die Zeit nach dem Krieg und zeichneten die neue Landkarte. Interessengebiete und neue Staaten wurden geschaffen. Auch für die Juden gab es eine Idee. Die „Balfour-Deklaration“, benannt nach dem damaligen britischen Außenminister Arthur James Balfour, war eine politische Erklärung der britischen Regierung. Am 2. November 1917 gab Lord Balfour dem jüdischen Weltkongress ein offizielles Papier der damaligen Weltmacht Nummer eins.

Die „Balfour-Deklaration“ vom 2. November 1917: „Verehrter Lord Rothschild, ich bin sehr erfreut, Ihnen im Namen der Regierung Seiner Majestät die folgende Erklärung der Sympathie mit den jüdisch-zionistischen Bestrebungen übermitteln zu können, die dem Kabinett vorgelegt und gebilligt worden ist: Die Regierung Seiner Majestät betrachtet mit Wohlwollen die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina und wird ihr Bestes tun, die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, wobei wohlverstanden nichts geschehen soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nicht-jüdischer Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und den politischen Status der Juden in anderen Ländern in Frage stellen könnten. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Erklärung zur Kenntnis der Zionistischen Weltorganisation bringen würden. Ihr ergebener Arthur James Balfour“

Geheimabsprachen zwischen Briten und Franzosen

Kernsatz: „Die Regierung seiner Majestät wird alles tun, um für die Juden die Gründung einer nationalen Heimstätte in Palästina zu ermöglichen.“ Die Juden jubelten. Was sie nicht wussten, war, dass das Land bereits versprochen worden war. In den „McMahon-Briefen“ des Jahres 1915 hatten die Engländer dieses Gebiet den Arabern zugesichert. Sir Henry McMahon war britischer Hochkommissar in Ägypten. Die britische Regierung versuchte, die Stämme des Hedschas aufzuwiegeln, um sie für den Kampf gegen die Türken zu gewinnen. Der Mann, der dies erfolgreich bewerkstelligte, trug den Namen Lawrence von Arabien. Den Arabern wurden Selbständigkeit und Unabhängigkeit zugesichert. Kurz gesagt: Wenn ihr auf britischer Seite kämpft, werdet ihr nach dem Ende des Krieges als freie arabische Nation eure Dinge im Vorderen Orient selbst in die Hand nehmen können.

Doch im Sykes-Picot-Abkommen vom 16. Mai 1916 waren geheime Absprachen zwischen Briten und Franzosen notiert worden. Längst war das Fell des Bären verteilt, das türkische Großreich zerlegt. Das Papier wurde vom Franzosen François Georges-Picot und dem Engländer Mark Sykes verfasst und bildete die Grundlage der Nachkriegsordnung.

Aufteilung des Orients

Weder Juden noch Araber bekamen das Land, sondern Briten und Franzosen teilten den Vorderen Orient unter sich auf. Der nördliche Bereich mit dem Libanon und Syrien wurde französisches Einflussgebiet. Der südliche Bereich, Palästina und Arabien bis zum Irak sowie Ägypten, wurde eine britische Einflusszone. Fest geschrieben wurde diese Regelung völkerrechtlich verbindlich auf der Völkerbund-Konferenz von San Remo im Jahre 1920. Es begannen das französische Mandat über Syrien und Libanon und das englische Mandat über Irak und Palästina.

Diese Geschichten aus dem Ersten Weltkrieg und der Ausgang des Krieges machen eines deutlich: Ein Land wurde zwei Mal versprochen. Es wurde den Juden und den Arabern zugesagt. Doch beide Seiten gingen leer aus. 1922 wurde mit dem „Emirat Transjordanien“, zunächst gedacht als „Königreich Palästina“, ein abhängiger Staat geschaffen. Dreiviertel des Mandats „Palästina“ wurden ein arabisches Land. 1937 plante die Peel-Kommission die Aufteilung des letzten Viertels, auch mit Gebieten für die Juden. Davon lesen Sie in der nächsten Ausgabe mehr. |



Im Verlauf des Ersten Weltkrieges änderte sich die Karte des Vorderen Orients. Engländer und Franzosen wurden die Erben des Osmanischen Reiches. Die zionistische Bewegung erhielt ein Hoffnungszeichen. Denn 1917 legte eine offizielle Erklärung der Briten einen Grundstein für den jüdischen Staat.
Egmond Prill

israelnetz

für nur
5€ statt ~~10€~~



„Farben eines Landes“ – eine Kollektion von Faltkarten mit eindrucksvollen farbintensiven Motiven aus Israel, ergänzt durch Verse aus der Bibel. Die Postkartenbox enthält zehn hochwertige Karten im Format 12 x 17 cm mit weißen Umschlägen, verpackt in einer stabilen Box.

jetzt für nur **5€** statt ~~10€~~
zzgl. Versandkosten

Bestellen Sie jetzt!

per Telefon (06441) 915 151
online auf israelnetz.com

Israelnetz | Postfach 1869 | 35528 Wetzlar | info@israelnetz.com

SCHECHINGER
Tours

Mit Schechinger-Tours nach Israel

Israelreise zum Laubhüttenfest
mit Walter und Marianne Schechinger
(Wildberg-Sulz am Eck)
vom 04.10.2017 – 13.10.2017

Israel-Herbstreise
mit Pfarrer Hanspeter Wolfsberger
(Leiter des Hauses der Besinnung in Betberg),
Walter und Marianne Schechinger
(Wildberg-Sulz am Eck)
vom 16.10.2017 – 25.10.2017

Israel-Herbstreise
mit Martin Buchsteiner (Direktor vom
Tauernhof in Schladming/Österreich) und
Jens Schechinger (Neubulach)
vom 27.10.2017 – 05.11.2017

Israelreise
mit Ernst und Erika Mayer (Oy-Mittelberg)
vom 06.11.2017 – 17.11.2017

**Israel-Reise
über den Jahreswechsel**
mit Pastor Wolfgang Wangler
(Pfalzgrafenweiler),
Liedermacher Andreas Volz
(Kirchheim/Teck), sowie
Walter und Marianne Schechinger
(Wildberg-Sulz am Eck)
vom 26.12.2017 – 05.01.2018

**Israelreise - Wenn
die Wüste blüht**
mit Pastor Wolfgang und Sieglinde
Wangler (Pfalzgrafenweiler),
Walter und Marianne Schechinger
(Wildberg-Sulz am Eck)
vom 01.03.2018 – 11.03.2018

Bitte fordern Sie unsere Reiseprospekte kostenlos an!

SCHECHINGER Tours Walter Schechinger

Im Kloster 33 • D - 72218 Wildberg-Sulz am Eck
Tel. 07054-5287 • Fax 07054-7804

e-mail: info@schechingertours.de • www.schechinger-tours.de